

# Posener Zeitung.

Dreundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-  
Annahme-Bureau.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17)  
bei C. F. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Kreisand,  
in L. eseritz bei Ph. Matthias.

Annoucen-  
Annahme-Bureau.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei C. F. Paubé & Co.,  
Haasenfein & Vogler,  
Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Görtz  
beim „Invalidendank“.

Nr. 167.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-  
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

Sonnabend, 6. März.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßene Pettzeile ober deren  
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

## Am t l i c h e s.

**Berlin, 5. März.** Der König hat geruht: dem Hüttenwerks-  
Direktor, Berg-Inspector Brauning zu Oker den Charakter als Berg-  
rath zu verleihen.  
Der bisherige kommissarische Kreis-Schulinspektor, Pastor Klaus  
Christian Stegelmann in Paderborn ist zum Kreis-Schul-  
inspektor im Regierungsbezirk Schleswig ernannt worden.

## Deutscher Reichstag.

13. Sitzung.

**Berlin, 5. März, 1 Uhr.** Am Tische des Bundesrathes v. Stosch,  
v. Scholz u. A.  
Das Haus setzt die zweite Berathung des Marineetats fort.  
Kapitel 52: „Instandhaltung der Schiffe und Fahrzeuge“ werden  
auf den Antrag der Budgetkommission die Bestände des Vorjahres  
höher angerechnet, als dies in der Vorlage der Regierung geschehen,  
da sich, wie der Referent Abg. Riedert anführt, inzwischen herausgestellt  
habe, daß die Bestände bedeutend höher seien, als bei der Aufstellung  
des Etats vorausgesehen werden konnte. So werden beim Titel 1:  
„Seeulagen“ die Bestände um 50,000 Mark, bei Titel 3 „Für In-  
standhaltung und Reparatur der Schiffe“ um 100,000 Mark höher an-  
gerechnet, die Positionen dem entsprechend ermäßigt. Ebenso wird der  
Bestand im Titel 2 (Schiffsverpflegung) des Kapitel 53: Natural-  
verpflegung um 200,000 Mark erhöht.

Im Kapitel 60 werden beim Titel 8 Werftbetrieb 100,000  
Mark abgesetzt und die erste Rate zum Bau einer Korvette als Ersatz  
für die Korvette „Vittoria“ von 825,000 Mark auf 325,000 Mark her-  
abgesetzt.

Bei den einmaligen Ausgaben werden 325,000 Mark erste Rate  
für den Bau der Korvette G gefristet.

Beim Titel 29 des Extraordinariums: Herstellung einer  
weiten Hafeneinfahrt bei Wilhelmshaven, 5. Rate  
1,500,000 Mark, ergreift das Wort:

Abg. Meier (Schaumburg): Ich habe schon im vorigen Jahre  
dem Chef der Admiralität angefragt, ob nicht bei dem zweiten Ein-  
gang des Hafens in Wilhelmshaven ganz bedeutende Baggerungskosten  
zur Freibaltung desselben vom Seewasser entstehen, eine Ansicht, die ich  
auf Grund eines vom Reichskanzler dem Reichstage erstatteten Be-  
richts gewonnen habe. Der Chef der Admiralität erwiderte, daß dies  
nicht der Fall sein würde. Nähere Prüfung der Sachlage hat mich zu  
der Ueberzeugung geführt, daß eine sehr bedeutende Summe für Bag-  
gerung nöthig sein wird, die dort eine fortwährende und starke sein  
muß. Ich habe mich über die Antwort des Herrn v. Stosch gewun-  
dert, denn in einer Vorlage der Admiralität war auch ein Wertbericht  
enthalten, der die Summe der jährlichen Baggerarbeiten zu dem ge-  
nannten Zweck auf Grund der jetzigen Pläne auf 600,000 M. beziffert.  
Dabei ist zu bemerken, daß eine Erhöhung der Kosten wesentlich da-  
durch eintrat, daß man den Schlick hinter eine steinerner Mauer bringen  
musste, was ungefähr 1.80 M. per Kubikmeter kostete, während bei  
uns in Bremerhaven der Kubikmeter ungefähr 30-34 Pfennige kostet.  
(Hört! Hört!) Ich glaube, in etwas sind diese Kosten schon gemin-  
dert und gegen ein Verbringen des Schlickes an andere Stelle der  
Hafne, wodurch eine weitere Verminderung der Kosten eintreten würde,  
bestehen, wie ich höre, ebenfalls keine Bedenken. Immerhin werden die  
Kosten noch bedeutend genug sein; allerdings ist auch der jetzige Plan  
gegen den früheren eine Verbesserung. Gleichwohl bleibt meine An-  
sicht, daß dieser Eingang ein unrichtig angelegter ist, schon deshalb,  
weil er ungefähr 700 Meter entfernt von dem Fahrwasser der Hafne  
ist; dann auch, weil der Eingang dem Ebbestrom zugewandt ist, wäh-  
rend die Erfahrung für den Fluthstrom spricht. Im vorigen Jahre  
sagte der Chef der Admiralität, daß die Mitglieder des Admiralitäts-  
raths sich durchaus für diese Anlage erklärt hätten. Ich habe aber  
Einsicht in das Sitzungsprotokoll des Admiralitätsraths genommen und  
daraus geht hervor, daß Viele der entgegengeetzten Ansicht waren, einer  
der Offiziere sogar die Lage des Eingangs um jeden Preis — und sollte  
die Veränderung 5 Millionen Mark kosten — geändert wissen wollte.  
Die Anlage ist 1877 gemacht, der erste Admiralitätsrath ist  
1879 berufen. Nachdem man schon 4 Jahre weiter gebaut hatte, hat  
man eingesehen, daß man doch wohl nicht so weiter kommen könne und  
hat sich dazu verstanden einen Admiralitätsrath, der aus Seeoffizieren,  
Wasserbautechnikern und anderen Leuten zusammengesetzt war, zu beru-  
fen. Ob das Unglück des „Großen Kurfürsten“ etwas dazu beigetra-  
gen hat, will ich dahin gestellt sein lassen; allerdings ist es sehr auf-  
fällig, daß diese Beratung im August 1878, einige Monate nach dem  
Anfall stattgefunden hat, während er 4 Jahre lang nicht einberufen  
war. Der erste Anschlag für die zweite Einfahrt betrug 10 Mill. M.,  
später hat man eingesehen, daß das Schleusenbassin nicht tief und lang  
genug gemacht sei; es müßte tiefer und länger sein, weil man den „König  
Wilhelm“ sonst nicht durchschleusen könne. Das hat eine Erhöhung  
des Anchlages um 2,300,000 M. verursacht. Daß dieser Admiralitätsrath  
nicht von Anfang an zusammen berufen ist, das ist der große Vorwurf,  
den ich der Administration mache. Ich bezweifle nicht, daß die Techni-  
ker befragt worden sind. Es ist durchaus nothwendig, daß wir  
wieder eine Organisation schaffen, welche verbindet, daß nicht der Mi-  
nister allein endgiltig alle in der Marineverwaltung vorkommenden  
Fragen entscheidet. In keinem Lande ist das wie bei uns der Fall.  
Bei der Marine kommt die eigentliche Seemannschaft, die militärische  
Ausbildung, der Schiffbau und der Hafen- und Festungsbau in  
Betracht. Es ist unmöglich, daß ein einzelner Mann über alle  
diese Dinge ein kompetentes Urtheil hat. Deshalb sind in allen  
ändern Admiralitätsräthe vorhanden, in denen für alle diese Fragen  
kompetente Männer sind, während allerdings dem Minister die endgültige  
Entscheidung verbleibt. In England ist von den vier Lords der  
Admiralität der erste der Marineminister. Sehr selten sieht ein Nauti-  
ker, ein Marinier an der Spitze der Admiralität, gewöhnlich ist das  
eine politische Persönlichkeit. Ich wünsche eine ähnliche, unseren Ver-  
hältnissen angepaßte Organisation. Sonst hat es die allergrößten Be-  
denken, wenn ein General oder ein tüchtiger Civilbeamter an der Spitze  
der Admiralität steht, sonst werden bestimmt immer Mißgriffe gemacht.  
Wir hatten diese Art Organisation in der Verordnung vom 15. Juni  
1871, wo neben dem Chef der Admiralität der Admiralitätsrath fakul-  
tativ zu berufen war, während der General-Inspector der Marine, der  
so Mitglied des Admiralitätsrath war, über seine Inspektionen  
direkt an den Kaiser zu berichten hatte. Hierdurch wurde die Gewähr

einer tüchtigen Verwaltung gegeben. Durch die Kabinettsordre vom  
24. September 1871 wurde die Zusammenberufung des Admiralitäts-  
rathes obligatorisch gemacht. Dieses ganze Regulativ ist auf irgend  
eine Veranlassung außer Kraft gesetzt worden, obwohl es in der Ge-  
setzsammlung nie widerrufen und deshalb meiner Meinung nach noch  
rechtsgiltig ist. Daß in Folge dieses Vorgehens die seemannische Sache  
nicht genügend vertreten und berücksichtigt ist, das ist der Grund für  
diese verkehrte Anlage, sowie für die unglücklichen Zufälle unserer Ma-  
rine. Aus Mangel an tüchtiger Seemannschaft wurde der „Kurfürst“  
in ein Geschwader eingestellt, bevor er vielleicht acht Tage in der  
Nordsee getreuzt hat, aus diesem Mangel wurde zwei Tage vor dem  
Auslaufen der Schiffe diese enge Fahrordnung angeordnet, aus dem-  
selben Grunde standen unfundige Steuerer zu dieser Zeit am Ruder,  
aus Mangel an Seemannschaft wußte im Jahre vorher, als das  
Leuchtschiff angerannt wurde, der Offizier nicht, wie die Strömung ist.  
Der Chef der Admiralität hält letzteres gar nicht für so gefährlich und  
für sehr schwierig. Hätte er es aber gewußt, dann würde er wahr-  
scheinlich das Schiff auf den Strand gesetzt haben, und ich habe  
mich im vorigen Sommer persönlich überzeugt, daß ein Jeder  
sehen kann, wie die Strömung ist. Ich wünsche also, daß bei allen  
solchen Fragen der Admiralitätsrath berufen werde, wenn wir nicht zu  
einer wünschenswerthen anderen Organisation kommen. Wir haben bei  
der gestrigen Abstimmung gesehen, daß ich vielleicht mit dieser Ansicht  
etwas allein stehe, aber dessen ungeachtet habe ich mich für verpflichtet  
gehalten, dies hier entschieden auszusprechen, denn wenn dies nicht ge-  
ändert wird, wenn die Seemannschaft nach wie vor das vernachlässigte  
Kind ist, dann werden wir bei unserer Marine noch manches Bedauer-  
liche erleben. Ich will weiter nicht darauf eingehen; ich bin gestern  
leider nicht zu Wort gekommen, um in der Sache selbst zu sprechen.  
Ich bin deshalb vielleicht heute ein klein wenig über den Gegenstand  
hinausgegangen. Nur eine Bemerkung will ich noch hinzufügen. Der  
Chef der Admiralität hat gesagt, daß die kurze Dienstzeit die Leute da-  
hin brächte, daß sie nicht Alles so ausführen könnten, wie es noth-  
wendig ist. Wenn wir in der kurzen Dienstzeit den Leuten eine so  
enorme Masse von Sachen beibringen wollen, dann ist sie allerdings  
zu kurz, aber bei richtiger Ueberlegung, davon bin ich überzeugt, könnte  
man die Seemannschaft besser ausbilden.

Kommissarius des Bundesraths Admiralitätsrath Wagner: Ich  
müß zunächst erklären, daß es keinen Hafen der Welt, viel weniger an  
der Nordsee giebt, an dem Baggerarbeiten in geringerem Maße vor-  
kommen. Die Schlickmassen, die in der Hafne durch Baggerung zur  
Fregung kommen, sind weder ein Gebilde der Hafne noch der nächsten  
Nachbarschaft, sondern sie entspringen der Strömung längs der Meer-  
rückenlinie. Wie vortheilhaft seimezeit die Anlagen an der Hafne waren,  
dafür spricht ein Vergleich zwischen der Hafneanlage in Bre-  
men und der ersten Hafneinfahrt an der Hafne, die bis zu  
8 1/2 Meter Tiefe bei ordinärer Fluth hat. In Bremerhaven  
werden im Jahre 400,000 Kubikmeter Schlickmassen gefördert,  
in der ersten Hafneinfahrt der Hafne nur 80,000 Kubikmeter.  
Was nun den speziellen Kostenanlag betrifft im Vergleich zu Bremer-  
haven, so bemerke ich, daß Bremerhaven auch erst in der neuesten Zeit  
durch Anschaffung von Pumpenbaggern dazu gekommen ist, seine Bag-  
gerarbeiten wesentlich billiger herzustellen. Die Versuche, welche die  
Marineverwaltung mit den Pumpenbaggern angestellt hat, haben keinen  
besonders günstigen Erfolg gehabt. Versuche haben auch ergeben, daß  
es noch zweifelhaft ist, ob der Bremer Bagger den Wilhelmshavener  
Verhältnissen entsprechen würde, da der Baggersechid in der Hafne  
anderer Natur ist, als der im Bremerhaven. Die Unterhandlungen  
sind im Gange, um in 1 oder 1 1/2 Jahren mit einem zweiten Pumpen-  
bagger Versuche zu machen. Die Angaben des Herrn Vorredners über  
den Unterschied der Kosten im Bremerhaven und der Hafne beruhen  
auf mehrfachen Irrthümern. Bezüglich der Angriffe des Vorredners  
gegen die ganze Konzeption der Anlage der zweiten Hafneinfahrt ist  
zu bemerken, daß, als die Frage berantrat, die Schleuse weiter nach  
dem Strom zu legen, die Arbeiten schon so weit vorgeschritten waren,  
daß wirklich Millionen hätten daran gesetzt werden müssen, um die  
Schleuse vorzuschleiben. Unter solchen Umständen wäre es wohl kaum  
gerechtfertigt, ohne Weiteres auf eine Aenderung des Projekts einzu-  
gehen, da die Mehrkosten für die Baggerarbeiten doch durch die erzielten  
Ersparnisse reichlich ausgeglichen werden. Eine Lage der Schleuse gegen  
den Ebbestrom wurde vom militärischen Standpunkt nicht für zweck-  
mäßig gehalten. Eine solche Lage wäre nur möglich gewesen, wenn die  
Hafneinfahrt auf die Nordseite zu liegen gekommen wäre.

Die Position wird bewilligt.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betr. das Fauf-  
pandrecht für Pfandbriefe und ähnliche Schuld-  
verschreibungen.

Abg. Steller: Die Sicherheit der Pfandbriefe, die ein wirt-  
schaftliches Bedürfnis des Realcredits sind, wird durch die neuen Reichs-  
justizgesetze insofern gefährdet, als es andern Gläubigern der Pfandbrief-  
Institute möglich ist, sich aus deren Vermögen vor den Pfandbrief-  
Inhabern zu befriedigen. Das Gesetz ist daher im Interesse des  
Credits der Pfandbrief-Institute nöthig. Ich beantrage, das Gesetz  
wiederum einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Staatssekretär im Reichsjustizamt v. Schelling macht noch  
darauf aufmerksam, daß die Regierung auch einer von der vorjährigen  
Kommission gefassten Resolution, nach welcher die nach den Gesetzen  
einer Bundesstaaten den ausländischen Korporationen auferlegten  
Gründerwerbs-Beschränkungen den Pfandbrief-Instituten deutscher  
Bundesstaaten gegenüber nicht zur Geltung kommen sollten, soweit  
dies im Rahmen dieses Gesetzes möglich gewesen sei, Rechnung getra-  
gen habe.

Abg. v. Schaub hält sich dem Antrag Steller an. Der  
berechtigte Wunsch, allgemeine Normativbestimmungen über die Errich-  
tung von Pfandbrief-Instituten zu erlassen, darf uns von der Regelung  
der hier vorliegenden Spezialfrage nicht abhalten, da diese eine schleu-  
wige Erledigung erheischt, während jene allgemeinen Normativ-  
bestimmungen vorläufig bei der großen Verschiedenheit der partiku-  
laren Hypothekengesetze noch auf zu große Schwierigkeiten stoßen. Die  
Pfandbrief-Inhaber haben auf die vorzugsweise Befriedigung im Kon-  
kurse der Pfandbrief-Institute einen begründeten Anspruch, da sie  
bei dem Institut das Geld nur deponiren, damit es in Pfandbriefen  
angelegt werde. Man glaube aber nicht, daß mit diesem Gesetz allein  
schon jeder Pfandbrief-Inhaber gesichert sei. Die Hauptpflicht des  
Pfandbrief-Instituts besteht immer hauptsächlich in der Sicherheit ihrer  
Hypotheken. Wünschenswerth wäre es auch, daß die Pfandbrief-  
Institute sich nicht mit andern Geschäften befassen. Institute, die

diese Beschränkung einhalten, scheinen auch im Publikum am belie-  
btesten zu sein.

Der Gesetzentwurf wird einer Kommission von 21 Mitgliedern  
überwiesen.

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend das Pfand-  
recht an Eisenbahnen und die Zwangsvollstreckung  
in dieselben leitet der Staatssekretär v. Schelling ein: Auch  
dieses Gesetz ist schon im vorigen Jahre von einer Kommission des  
Reichstages beraten worden. Seitdem ist ein großer Theil der preu-  
ßischen Bahnen verstaatlicht worden, doch waren dies nicht solche  
Bahnen, die von dem Gesetze wahrscheinlich Gebrauch gemacht hätten.  
Das Bedürfnis, den Privatbahnen, namentlich den Sekundärbahnen,  
die der Verstaatlichung nicht unterliegen, einen höheren Kredit dadurch  
zu verschaffen, daß ihre Realgläubiger vor den persönlichen Gläubigern  
befriedigt werden, bleibt bestehen. Daher ist das Gesetz nöthig.

Abg. v. Cuny bittet, das Gesetz der Kommission von 14 Mit-  
gliedern zu überweisen, die mit dem Gesetzentwurf, betreffend die Zu-  
lässigkeit des Rechtsmittels der Revision in Civilstreitigkeiten sich be-  
schäftige.

Abg. v. Schaub hält jedoch eine besondere Kommission von  
21 Mitgliedern der Wichtigkeit des Gegenstandes wegen für ange-  
messener. Auf seinen Antrag wird deshalb dieser Gesetzentwurf der-  
selben Kommission überwiesen, welcher der zuvor berathene über-  
geben ist.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Zu einer Erklärung erhält  
das Wort Abg. Lasker: Ich habe gestern das Verhalten des Kom-  
mandeurs auf dem Schiffe „Preußen“, des Kapitäns v. Blanc, einer  
Kritik unterworfen. Ich ging dabei von der Voraussetzung aus, daß  
dieser Kommandeur mit seinem Schiffe in Folge einer reglementarischen  
Vorschrift ruhig sich verhalten und den beiden in Kollision befindlichen  
Schiffen weder Rettung gebracht, noch Veranstaltungen hierzu getroffen  
habe. Ich war zu dieser Annahme veranlaßt, weil diese Behauptung  
unwidersprochen durch die Presse verbreitet war, auch in einer Schrift,  
die, wie ich glaube, allen Mitgliedern dieses Hauses zugänglich gemacht  
ist, auch der Admiralität und den Vertretern der Regierung gewiß  
ebenso bekannt war, ohne von Seiten der Regierung Widerspruch  
zu finden. Eine Aeußerung des Chefs der Admiralität in der  
vorjährigen Verhandlung, die ich gestern erwähnte, schien mir  
sogar eine Verstärkung dieser Ansicht zu sein, da er das  
Verhalten des Herrn von Blanc mit gewissen von mir citirten  
reglementarischen Vorschriften rechtfertigte. Seitdem sind mir Mit-  
theilungen ganz authentischer Natur zugegangen, deren Wahrheit zu  
bezweifeln ich keinen Grund habe, monach die Mittheilungen des Abg.  
v. Buntzen auf vollständigem Quagenquang beruhen und dem wirt-  
lichen Vorgang entsprechen. Es ist mir außerdem namens des Herrn  
v. Blanc und mit der Berechtigung, diesen Namen zu nennen, mitge-  
theilt worden, daß Herr v. Blanc selbst sich nicht in der Weise ver-  
halten hat, wie es in jenen Vorschriften ausgedrückt war, und wie ich  
gestern dem Ausdruck gegeben habe, daß er vielmehr sofort nach dem  
Unglück nach seinem besten Wissen und seiner technischen Kenntniß alle  
Anstalten getroffen habe, um Rettung und das Schiff in die Nähe der  
anderen Schiffe zu bringen; doch sei dies besonderer technischer Um-  
stände wegen nicht möglich gewesen. Die Kritik über die Technik  
schließe ich grundsätzlich aus, wie ich es auch gestern gethan, wo ich es  
nur mit dem Willen und der Absicht des kommandirenden Offiziers zu  
thun hatte und nur diese der Kritik unterstellte. Es gereicht mir zur  
wahrhaften Freude, heute erklären zu können, daß nach der Angabe  
des Herrn v. Blanc, der ich nicht das allergeringste Mißtrauen ent-  
gegensetze, er, soweit es in seiner Macht stand, die Hülfe hat bringen  
wollen, demgemäß die Voraussetzung nicht vorhanden war, daß er im  
Falle der Noth eine Reglementsvorschrift über die Pflicht, welche die  
Lage ihm auferlegte, gestellt habe.

Der Präsident schlägt vor, die Vorlage wegen Verlängerung  
des Sozialisten-Gesetzes morgen in Verbindung mit dem Rechnungsfach-  
Bericht über die Ausführung desselben im vorigen Jahre zu beraten.  
Gegen diese Verbindung protestirt Bebel, welcher beide Gegen-  
stände getrennt und zwar den Rechnungsfachbericht zuerst auf die Tages-  
Ordnung bringen will. Richter, Hänel, Lasker, Windt-  
horst wollen die Frage der Verbindung erst beim Beginn der  
nächsten Sitzung entscheiden, während v. Kleist-Neow  
darüber schon heute zu beschließen bittet. Der Präsident v. Arnim  
schließt sich jedoch der ersteren Meinung an und bestimmt die Reihen-  
folge der Gegenstände der auf morgen Sonnabend 11 Uhr anbe-  
raumten Sitzung nach den Wünschen Bebel's. Schluß 3 1/2 Uhr.

## Politische Uebersicht.

Posen, 6. März.

In der dem Reichstage vorliegenden Uebersicht der vom  
Bundesrathe gefassten Entschliessungen auf Beschlüsse des Reichs-  
tags heißt es in Bezug auf den Reichstagsbeschluss wegen Abän-  
derung des Gesetzes über die private rechtliche Stellung  
der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften,  
ten, daß die hierauf bezüglichen Vorarbeiten in Angriff genom-  
men worden seien. Das Reichsjustizamt hat bei diesen Vorar-  
beiten insbesondere eine Milberung der gesetzlichen Solidarhaft  
der einzelnen Genossenschaftler den Gläubigern der Genossenschaft  
gegenüber in Erwägung gezogen und zu diesem Zweck Bedacht  
genommen auf eine frühzeitigere Gestaltung des Umlageverfah-  
rens, als dies nach dem Genossenschaftsgesetze vom 4. Juli 1868  
statthaft ist, sowie auf eine präzisere Feststellung des Regrekwes-  
ges zwischen den einzelnen Genossenschaftlern, insbesondere aber  
zwischen den ausgeschiedenen Genossenschaftlern und der Genossen-  
schaft. Das Genossenschaftsgesetz gestattet bekanntlich im § 52  
erst nach der Beendigung des Konkursverfahrens über das Ver-  
mögen der Genossenschaft das Umlageverfahren beginnen zu las-  
sen, es liegt sodann dem Vorstande ob, eine Berechnung (Ver-  
theilungsplan) anzufertigen, aus welcher sich ergibt, wie viel  
jeder Genossenschaftler zur Befriedigung der Gläubiger wegen der  
im Konkurse erlittenen Ausfälle beizutragen habe. Inzwischen  
aber bleibt es den Gläubigern überlassen, wegen dieser Ausfälle

gegen den einzelnen solidarisch haftbaren Genossenschaftler vorzugehen, so daß einzelne wohlhabendere Genossenschaftler in ihren Privatverhältnissen ruiniert werden können, wiewohl das Umlegungsverfahren ohne allzu große Schädigung der einzelnen Interessenten ebenfalls zur Befriedigung der Gläubiger führt. Weiter hat man bei den Vorarbeiten ins Auge gefaßt, die Bestimmungen über die Geschäftsführung der Genossenschaft, namentlich die Strafbestimmungen für Vorstandsmitglieder, welche in dieser Eigenschaft die ihnen gezogenen Grenzen überschreiten, zu verschärfen.

Die dem Reichstage vorliegende Uebersicht der vom Bundesrathe gefaßten Entschlüsse auf Beschlüsse des Reichstages besagt, daß in Betreff der Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden durch Militäranwärter eine allgemeine Regelung in Aussicht genommen worden sei. Schon im Juni 1878 trat eine aus Mitgliedern der höchsten Reichsbehörden und der preussischen Ministerien zusammengesetzte Kommission unter dem Vorsitz des Geh. Ober-Regierungsrathes und vortragenden Rathes im Reichskanzleramte Starke zur Berathung und Aufstellung von Grundsätzen für die Berücksichtigung der Militär-Invaliden bei der Besetzung von Subaltern- und Unterbeamtenstellen der Reichs- und Staatsbehörden im Reichskanzleramte zusammen. Jene Grundsätze sind nach § 77 Absatz 1 des Reichsgesetzes vom 27. Juni 1871, betreffend die Pensionirung und Versorgung der Militärpersonen, von dem Bundesrathe festzustellen. Die gedachte Kommission hat damals einen Entwurf aufgestellt, der für den gesammten Umfang des Rechtsgebietes ein gleichmäßiges Verfahren herzustellen bestimmt ist, dergestalt, daß in Zukunft die von bairischen und württembergischen Militärbehörden ausgesetzten Zivil-Versorgungsscheine nicht allein, wie es jetzt der Fall, in dem betr. Bundesstaate, sondern im ganzen Reichsgebiete Gültigkeit haben, daß ferner ebenso die von den Militärbehörden der norddeutschen Bundesstaaten ausgesetzten Zivil-Versorgungsscheine im ganzen Reichsgebiete zu einer Versorgung berechtigen. Nach dem Entwurf sollen jedoch die Staatsbehörden der einzelnen Bundesstaaten nicht absolut verpflichtet sein, den Zivil-Versorgungsberechtigten anderer Staaten den Vorzug vor den Anstellungs-Berechtigten des eigenen Landes zu geben. Die beiden ersten Lesungen des Entwurfs haben bereits stattgefunden; sobald die von verschiedenen Ministerien entgegengebrachten Schwierigkeiten beseitigt worden, wird die Kommission die dritte Lesung vornehmen und alsdann den Entwurf dem Bundesrathe zur Berathung und Beschlußfassung übergeben.

Die Thatsache, daß die Besserung der Geschäftslage in der Eisenindustrie in Deutschland ebenso wie in anderen Ländern vornämlich durch eine regere Beschäftigung für das Ausland hervorgerufen worden ist, wird auch durch die Zahlen der deutschen Handelsstatistik, soweit dieselben zu Schlussfolgerungen berechtigen, bestätigt. So bezifferte sich z. B. der Export von Materialeisen aller Art und groben Eisenwaaren in den ersten vier Monaten des Jahres 1879 auf 3,207,285 Ztr., in den folgenden vier Monaten auf 3,538,389 Ztr., in den letzten vier Monaten, in welche hauptsächlich die teigere Nachfrage für das Ausland fiel, auf 4,443,132 Ztr. Im Einzelnen sind namentlich hervorzuheben Eisenbahnschienen, von denen in den angegebenen Zeiträumen 1,037,491 Ztr. resp. 883,758 Ztr. und 1,362,945 Ztr. ausgeführt wurden, und Stabeisen mit 698,184 Ztr. resp. 821,870 Ztr. und 1,172,863 Ztr. Ausfuhr. Die Steigerung des Exports ist in Wirklichkeit noch größer gewesen, als sie in diesen Zahlen erscheint, da die Statistik für die beiden ersten Zeiträume theilweise die Durchfuhr enthält, während im letzten Zeitraum nach Wiederherstellung der Zölle nur der Export deutschen Fabrikats als Ausfuhr angeschrieben worden ist. Für das ganze Jahr 1879 ergibt die Statistik bei Roh- und Brudeisen eine Einfuhr von 7,941,964 Ztr. und eine Ausfuhr von 8,662,327 Ztr., so daß die Letztere zum ersten Male und zwar mit 720,363 Ztr. überwiegt. Bei Materialeisen und groben Eisenwaaren steht einer Einfuhr von 2,024,545 Ztr. eine Ausfuhr von 11,188,806 Ztr. gegenüber, die Ausfuhr beträgt also mehr als das Fünffache der Einfuhr. An Maschinen aller Art wurden 734,420 Ztr. importirt, aber 1,291,827 Zentner exportirt, so daß sich auch hier ein Ueberschuß des Exports über den Import von 557,407 Ztr. herausgestellt hat. Wenn man die verschiedenen Fabrikate auf Roheisen reduziert, so repräsentirt allein der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr ein Quantum von ca. 14 Millionen Ztr. Roheisen, d. h. von der deutschen Roheisenproduktion, welche 1878 ca. 43 Millionen Ztr. betrug, fast ein Drittel; für die ganze Ausfuhr deutschen Eisens dürfte dieses Quantum wohl auf 18—20 Millionen Zentner Roheisen oder mehr als  $\frac{2}{5}$  der deutschen Produktion zu veranschlagen sein.

In der am 4. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers Hofmann abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurden die Präsidialvorlagen betreffend a) die Zoll- und steueramtliche Anschreibung des Gewichts nach Kilogrammen, b) den Gesetzentwurf über die Erhebung von Reichsstempelabgaben, c) eine Ergänzung zu dem Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1880/81 (Etat der Reichs-Post und Telegraphen-Verwaltung) den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, über welchen die Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Justizwesen Bericht erstatteten, erhielt — im Wesentlichen mit den von den letzteren vorgeschlagenen Abänderungen — die Zustimmung der Versammlung. Weiter erfolgte, den Vorschlägen des Vorsitzenden entsprechend, die Wahl eines Mitgliedes der kaiserlichen Disziplinarkammer in Metz, sowie von Kommissarien zur Vertretung von Vorlagen im Reichstage. Den Schluß bildeten Mittheilungen über die neuerdings eingegangenen Petitionen und die Entscheidung über die geschäftliche Behandlung derselben.

Der „Allgemeinen Zeitung“ wird aus München vom 5. gemeldet: Der Minister v. Pörschner, welcher sich schon seit

Monaten leidend fühlt, hat in Anbetracht seiner angegriffenen Gesundheit, um die Erhebung von seinem Posten als Minister des königlichen Hauses und des Aeußern gebeten. Se. Majestät der König haben geruht, das Enthebungsgebet zu genehmigen und an den Minister von Pörschner nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben zu richten:

Mein lieber Minister v. Pörschner! Die Darlegung Ihres Gesundheitszustandes, mit welcher Sie das Gesuch um Enthebung von der Führung des Ministeriums des königlichen Hauses und des Aeußern verbinden, hat mich auf das Schmerzlichste berührt. Mehr als 15 Jahre mit der Leitung von Ministerien betraut, und über 7 Jahre an die Spitze Meiner gesammten Staatsverwaltung gesetzt, wußten Sie sich immer im Besitze Meines vollen Vertrauens; dasselbe begleitet Sie auch in Zukunft. Nur die Rücksichtnahme auf Ihre in treuen, langbewährten, hervorragenden, ausgezeichneten Diensten geschwächte Gesundheit kann mich zu der Entschliebung vermögen; Ihrer Bitte, die ich so lebhaft bedauere, gleichwohl Folge zu geben. Sie scheiden aus Meinem Ministerium mit dem Bewußtsein Meiner wärmsten königlichen Anerkennung. Ich gebe derselben Ausdruck, indem ich Sie hiermit in den Freiherrenstand Meines Königreichs erhebe und Ihnen unter Einreichung in die Zahl der Staatsräthe im außerordentlichen Dienste den Titel und den Rang eines königlichen Staatsministers vorbehalte. Mit den edelsten Gesinnungen verbleibe ich Ihr wohlwogener König Ludwig.

Große Sensation macht gegenwärtig in der russischen Presse und überhaupt Gesellschaft ein Artikel der „Moskowskija Bedomosti“, welche, die Attentate der letzten Zeit in Rußland besprechend, die Behörde und namentlich die Polizei Rußlands der Unthätigkeit, des Unpatriotismus, ja des Einverstandnisses mit den revolutionären (Kramolnik) in Rußland beschuldigen. Der Artikel führt den Titel: „Salus reipublicae — suprema lex“, schildert die Thätigkeit der Polizeibehörden in anderen Staaten Europa's, vergleicht diese mit der der russischen Polizeibehörden und fährt dann wirklich also fort: „Unser Staat ist in Gefahr, weil bei uns eine Bande Bösewichter und Mörder von einer geheimen Kramola (Empörung) geleitet und durch die Schwäche der Gegenwehr ermuntert wird. Diese Bande ist ihrer Zahl nach unbedeutend. Dieselbe sucht auch nicht die Volksmassen aufzuwiegen, welche sie sofort vernichten würden, würde sie sich bloßstellen. Diese Bande hat ihre höllischen Bestrebungen gegen die Person des Monarchen konzentriert, um mit einem Schlage Rußland wankelmützig zu machen und dasselbe in den Abgrund der Anarchie zu stürzen! Wer sind denn diese unsere Feinde? Es ist nicht genug, wenn man die verwilderten und verkommenen Vollstrecker der Schändlichkeiten abfaßt. Man muß auch nach Jenen suchen, welche diese Werkzeuge der Verbrechen erzeugen, hervorholen, unterstützen und denselben die wirkliche Organisationskraft verleihen. Vor Allem ist es daher notwendig, daß die aktiven Behörden ihre Handlungen prüfen und ihr Personal, ihre Rathgeber und Exekutoren untersuchen. Wer bürgt uns dafür, daß sich unter den Agenten der gesetzlichen Regierung keine Agenten der geheimen Kramola (Empörung) befinden?! Die Erfahrung der neulichen Vergangenheit sollte uns eine Lehre sein und ein Licht auf die jetzige Situation werfen. Die Macht der polnischen Revolutions-Organisation 1863 ruhte gar nicht in den erbärmlichen Mitgliedern der polnischen Nationalregierung (szond) und Lokal-Kommandanten, welche unseren heutigen Nihilisten auf's Haar ähnlich sind. Diese Macht ruhte in jenen Beziehungen, welche zwischen der revolutionären Organisation und der Administration und Polizei der gesetzlichen Regierung bestanden! Im Königreich Polen war beinahe die gesammte Lokal-Administration und Polizei an der Verschwörung theilhaftig. Endlich beweisen die Sierakowski's, Ogryzki's und viele andere Persönlichkeiten, daß die Verschwörung sogar in der Zentral-Administration des Reiches selbst ihre Leiter hatte! . . .“

## Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, den 5. März.

[In Fachkreisen wird für die einheitliche Regelung des Instruktionswesens] der preussischen Staatsbahnen plaidirt, weil die generellen Erlasse der einzelnen Direktionen der Form nach in den meisten Fällen eine Uebereinstimmung vermissen lassen und hieraus sich sehr häufig Unzuträglichkeiten für den Betrieb ergeben. Es liegt auf der Hand, daß ein solches Verfahren mit Weitläufigkeiten verbunden ist, welche um so schwerer ins Gewicht fallen, wenn man die allgemeine und wohl nicht ganz ungerechtfertigte Klage berücksichtigt, daß die Beamten mit zu vielem Schreibwerk überhäuft werden. In der That dürfte es möglich sein, den sämmtlichen allgemeinen Instruktionen für die preussischen Staatsbahnen eine dem Inhalte und der Form nach gleichlautende Fassung zu geben, deren Kenntniß bei allen Staatseisenbahnbeamten vorauszusetzen ist, so daß dieselben bei Versetzungen, bei Wahrnehmungen dienstlicher Funktionen auf fremden Strecken u. s. w. stets derselben Grundlagen in Bezug auf ihre dienstlichen Vorschriften sicher sein können. Obwohl dieses Gefühl der Sicherheit weniger für die von der schablonenhaften Form der Instruktion nicht so abhängigen höheren Beamten, als namentlich für die Subalternen wünschenswerth ist, so ist doch auch für die letzteren mit einer solchen Einrichtung eine nicht unerhebliche Zeitersparniß verbunden, welche, abgesehen von sonstigen Momenten, schon wesentlich zu Gunsten einer Uniformität in dem vorgeschlagenen Sinne sprechen dürfte.

○ Petersburg, 3. März. [Zum Jubiläum des Kaisers. Eindruck des Briefes des Kaisers Wilhelm. Kaiserliche Gnade. Jubiläumstatistik. Frechheit der Nihilisten. Zum neuesten Attentate.] Die Feier des gestrigen Tages war eine ungeheuer großartige und die allgemeine Theilnehmung des Volkes eine herzliche, keine gemachte. Es giebt kein Haus in der nordischen Palmyra, das nicht festlich geschmückt, besaggt und Abends auf's Großartigste illuminiert gewesen wäre. Die allgemeine herzliche Theilnehmung der Volksmassen, die im Kaiser nur den „Batjuscha Car“ (Väterchen Czar) sehen, dürfte den Nordbrennern doch

wohl die Augen öffnen und ihnen zeigen, daß sie in den Massen keinen Halt haben, trotzdem sie sich ihnen als Befreier und Beglückter aufdrängen. Eine gewisse Furcht war jedoch in den Massen unverkennbar; die Nihilisten hatten ja gedroht, auch für Nero's Tagen die Welt nicht gesehen. Diese Drohung ist zum Glück nicht in Erfüllung gegangen und dies wird nur dazu beitragen, die Furcht vor den Nihilisten bedeutend abzuschwächen. — Der vom Fürsten Bismarck kontrahirte Brief des Kaisers Wilhelm hat hier in allen Kreisen den besten Eindruck hervorgerufen: „Rußland — sagt der „Golos“ — wird das Schreiben mit der größten Dankbarkeit gegen seinen hohen Verfasser lesen. Es beruhigt die russische Gesellschaft. Die wahren Söhne Deutschlands werden wohl durch die Worte ihres Monarchen zum gleichen Gefühle bewegt werden. Somit ist dieses Schreiben dazu bestimmt, auf zwei Völker einen beruhigenden Einfluß auszuüben, die nichts inniger wünschen, als mit einander in Frieden und Eintracht zu leben.“ — Der Kaiser hat zu seinem Jubiläum viele Gnadenbeweise gespendet. Es hat Orden, Titel, Rang-erhöhungen geregnet, Millionen rückständiger Abgaben und in Rußland ausgeübter Strafen sind erlassen worden, — aber keine einzigen politischen Verbrechen hat dieser Festtag die Pforten der Heimath erschlossen, oder auch nur die Fesseln, die ihn an die Klare schmieden, gelöst. Für diese Klasse Unglücklicher hat der lang ersehnte 19. Februar (2. März) keinen Freiheitsstrahl gebracht. — In der Jubel-Nummer des „Woje Wremje“ finden wir einen hochinteressanten statistischen Nachweis der fünfundsingzigjährigen Thätigkeit des Kaisers Alexander II. Für uns dürfte es wohl hochinteressant sein, daß der Umfang des russischen Reiches im Jahre 1855 365,096 □ M. betragen hat, im Jahre 1880 aber 395,189 □ M. beträgt, das Reich also um 30,092 □ M. gewachsen ist. Jahre 1855 hatte Rußland 65,200,619, — heute hat es 95,500,000 Einwohner, also 30,299,381 Einwohner mehr als damals, die Einwohnerzahl ist somit um ca.  $\frac{1}{3}$  gewachsen. Im Jahre 1855 hatte Rußland 6 Universitäten, heute hat es 18, damals wie jetzt hatte es 4 geistliche Akademien, 48 geistliche Seminare und nur die Zahl der niederen Schulen und Schüler ist gewachsen. Die Zahl der Studenten betrug im Jahre 1855, 3551 — im Jahre 1880 — 6900, der Elementarschüler im Jahre 1855, 320,000 — im Jahre 1880 1,100,000. Erfreulich ist das Bild im Allgemeinen nur für den Rußland, welcher aus ihm ersieht, daß die Branntweinsteuer von 79,282,000 auf 225,312,680 Rubel gestiegen ist, sich also nahezu verdoppelt hat! — Die Nihilisten haben wiederum einen Beweis ihrer grenzenlosen Frechheit gegeben; sie haben nämlich an den Kommandeur des finnländischen Regiments 6000 Rubel zur Unterstützung der beim Attentate gegen den Kaiser verunglückten Soldaten und ihren Hinterbliebenen gesandt, doch sollen die Noten alle gefälscht sein. — Der Nihilist, welcher auf Grafen Loris-Melikow geschossen hat, dürfte im Augenblicke, als Sie diese Zeilen empfangen, bereits gehängt sein, denn Graf Loris will keine lange Untersuchung. Eine schnelle Justiz geübt werden, da das Verschleppen der Strafen die Verbrechensur nur ermuthigt. Graf Loris wird, als Armenier, rücksichtlos gegen die ihm nicht stammverwandten Russen verfahren, als ob nicht ganz russifizierte lithauische Pole Gurko, und trotzdem erstere versprochen hat, milde zu verfahren, während der letztere mit Drohungen auftrat, dürfte sich bald die Zahl der Gehängten und Deportirten in dem Verhältnisse mehren, in welchem sich jetzt die Zahl der Verhafteten vermehrt hat.

[Unter der kaiserlichen Bank in Petersburg] hat man, wie behauptet wird, einen Gang entdeckt, aus dem man die Bank entweder in die Luft sprengen oder zu bestehlen beabsichtigte. Das letztere ist das wahrscheinlichere. Es sind viele Studenten verhaftet worden, einige hundert, die zwar lediglich infolge der Aufhebung der Geheimdruckerei Wassili Ostrow.

## Vocales und Provinzielles.

Bosen, 6. März.

[Zur Auswanderung der polnischen ländlichen Bevölkerung.] Die hiesigen polnischen Zeitungen, namentlich der „Dziennik Poznański“ und „Kurjer Poznański“ haben bis jetzt immer behauptet, die polnische Bevölkerung wandere deshalb nach Amerika aus, weil sie hier durch den hohen Abgaben, hauptsächlich aber der militärischen Dienstpflicht entgehe, welche letztere sie namentlich perhorresziren soll, was, wie wir aus Erfahrung wissen, durchaus nicht der Fall ist, da der polnische Bauer sich mit großer Bereitwilligkeit zum Militärdienst stellt und später noch mit vielem Stolz die Lebens die preussische Soldatenmütze trägt. Heute nun kommt ein Korrespondent des „Dredownik“ aus dem Wogromitzer Kreise und sagt, daß die polnischen Kleingrundbesitzer hauptsächlich deshalb nach Amerika auswandern, weil sie den Druck der Abgaben für die Kirche, die Pfarrgebäude und die Schule nicht mehr zu ertragen vermögen, dagegen aber die ländliche Arbeiterklasse der Heimath den Rücken wendet, weil der Verdienst zum Lebensunterhalte durchaus nicht zureicht. Er bemerkt, und zwar bevor noch Dreschmaschinen eingeführt waren, habe der freie Tagelöhner während des Winters so viel verdient, wie er zu seinem Unterhalte bedurfte; jetzt aber verdienen die Tagelöhner während des Winters gar nichts. Die herrschaftlichen Dienstleute (Komorniks) erhielten zwar einen festen Gehalt, indeß sei derselbe (75 M., Deputat und ein Morgen Land) nicht ausreichend, um eine Familie zu ernähren, zumal ihnen nicht erlaubt werde (?), eine Kuh, ein Schwein oder auch nur eine Heine zu halten. Obgleich wir der Ansicht sind, daß der Korrespondent des „Dredownik“ im Allgemeinen etwas zu schwarz malt, so glauben wir doch, daß er theilweise das Richtige getroffen hat. Auf deutschen Gütern sind die Verhältnisse, wie wir das aus eigener Anschauung wissen, jedenfalls besser, als

hier gewöhnlich bedeutendere Meliorationen ausgeführt werden, durch welche dem freien Tagelöhner Gelegenheit geboten wird, auch im Winter, wenn er nicht zu hart und lang ist, seinen und seiner Familie Unterhalt zu verdienen. Beachtenswerth ist noch, daß der Korrespondent des „Dredomni“ mittheilt, es zögen jetzt ganze Karawanen Emigranten nach Hamburg, und daß, wenn es noch länger in dieser Weise fortgehen sollte, es in kurzer Zeit in der Gegend an Arbeitern mangeln würde. Eine große Anzahl polnischer Auswanderer aus dem Kreise Mogilno geht übrigens nach Podolien, wo große Güter parzellirt werden und der Morgen besten Weizenbodens für 3 M. zu haben ist. Aus Warschauer Zeitungen ersehen wir auch, daß viele deutsche Kolonisten aus der Gegend von Kalisch nach Podolien überfiedeln.

## Telegraphische Nachrichten.

**Frankfurt a. M., 5. März.** Nach hier vorliegenden Meldungen sind am oberen Main bei Aschaffenburg, im Kinzigthal bei Selnhausen, am Taunus bei Homburg und im Lorsbacher Thal, sowie im Lahnthal zwischen Frohnhausen und Marburg wolkenbruchartige Regengüsse niedergegangen. Die Lahn hat den Eisenbahndamm der Main-Weiser-Bahn überschwenmt, so daß der Verkehr unterbrochen wurde. Hier, in Frankfurt, ist der Main seit gestern um 7 Fuß gestiegen.

**Tilsit, 5. März.** Auf der Memel ist großer Eisgang eingetreten.

**Dresden, 5. März.** In beiden Kammern gelangte heute ein f. Dekret zur Verlesung, durch welches die Verabschiebung des Landtags auf den 10. d. M. festgesetzt wird.

**München, 5. März.** Der Marktflecken Donauaustaff, bei Regensburg, ist nebst dem fürstlichen Turn und Taxis'schen Schlosse gestern total abgebrannt.

**Wien, 5. März.** [Abgeordnetenhaus.] Justizminister v. Stremayr erklärte sich gegen die Aufhebung des Legalisirungszwanges. Das Haus beschloß gleichwohl, die bezügliche Vorlage an den Ausschuss mit der Direktive zurückzuweisen, daß die Aufhebung des Legalisirungszwanges in denjenigen Ländern stattfinden habe, welche sich für die Abschaffung desselben ausgesprochen hätten.

**Wien, 5. März.** Meldung der „Polit. Korresp.“ aus Konstantinopel von heute: Die österreichisch-türkischen Verhandlungen über gemeinsame Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Eingebiete nehmen einen guten Fortgang, die Türkei hat bereits mehrere darauf bezügliche Anordnungen getroffen. — Zur Deckung des Budgetdefizits ist seitens der Pforte nicht nur eine Steigerung der Einnahmen, sondern auch eine namhafte Reduzierung der Ausgaben und hierbei namentlich eine Verringerung der Ministergehälter in Aussicht genommen.

**Pest, 5. März.** Unterhaus. Finanzminister Szapary trat der Behauptung entgegen, daß bei der Steuerbeitreibung mit Härte zu Werke gegangen werde und wies dabei zugleich nach, daß die von der Regierung angestrebte Verminderung der Heeresauslagen zum Theil schon gelungen sei, daß die Finanzlage sich hauptsächlich gebessert habe und daß die im Jahre 1875 eingeschlagene Richtung einer thünlichen Beschränkung der Ausgaben ohne Lähmung der Investitionen und einer Erhöhung der Einnahmen ohne Beeinträchtigung der Steuerfähigkeit weiter verfolgt werden müsse. Der Minister schloß mit dem Wunsche, daß man alle großen politischen Fragen bei Seite lassen und eine für die nächsten Landesinteressen ersprießliche Wirksamkeit entfalten solle.

**Rom, 4. März.** Bei dem deutschen Botschafter v. Reubell fand zur Feier des Gottharddurchstiches ein Diner statt, welchem einige Minister und andere hervorragende Persönlichkeiten beiwohnten. Der Botschafter v. Reubell und der Ministerpräsident Garibaldi brachten Toaste aus auf das große Werk und tranken auf das Wohl des Königs Humbert, sowie des Kaisers Wilhelm. Die Deputirtenkammer wird am Montag die Verathung des Entwurfes Morelli's über die Ehescheidung beginnen.

**Brüssel, 5. März.** Kronprinz Rudolf von Oesterreich ist heute Abend hier eingetroffen; der österreichische Gesandte, Graf Schotel, war demselben bis Köln entgegengefahren.

**Paris, 4. März.** Senat. Verathung des Artikels 7 des Ferry'schen Gesetzesentwurfs über den höheren Unterricht. Béringier (vom linken Centrum) bekämpfte den Artikel auf das Entschiedenste und forderte die Republikaner auf, nicht einen Weg zu betreten, der zum Despotismus führe. Buffet sprach sich gleichfalls gegen den Artikel aus und rühmte den von den Jesuiten erteilten Unterricht. Dem Vernehmen nach wird bei der morgen stattfindenden Fortsetzung der Verathung Ferry das Wort nehmen und Dufaure demselben replizieren. Die Abstimmung über den Artikel erfolgt voraussichtlich erst Sonnabend. Die Deputirtenkammer beschloß zu der Zolltarif-Vorlage die Dringlichkeit und begann die Verathung der einzelnen Artikel.

**Paris, 4. März.** Konseilspräsident Freycinet beauftragte, sobald er von dem Attentate gegen den Grafen Louis-Melkoff erfuhr, den Petersburger Botschafter Chanzy, den Grafen zu seiner Errettung zu beglückwünschen.

**London, 4. März.** [Oberhaus.] Lord Strathearn legte an, daß er am nächsten Montag die Aufmerksamkeit des Hauses auf die seit dem Herbst 1874 beobachtete Orientpolitik lenken, eine Adresse beantragen und die Vorlegung des am 19. Januar 1878 von Schir Ali an den Sultan gerichteten Briefes nachsuchen werde.

Im Unterhause äußerte der Schatzkanzler Northcote, wie er hoffe, daß des Osterfestes wegen vom 25. März bis zum 5. April Ferien eintreten werden.

**London, 5. März.** Das Oberhaus nahm nach dreistündiger Debatte die Regierungsvorlagen über die Abänderung der Abengetze, durch welche die Vollmachten der Eigenthümer von Gemeingütern erweitert werden und die Uebertragung des Eigenthums an Grundstücken vereinfacht wird, in zweiter Lesung ohne Abstimmung an. Die meisten Redner hatten sich für die

Vorlagen ausgesprochen. Sodann wurde die Nothstandsvorlage für Irland in der Spezialdebatte erledigt.

**Triest, 5. März.** Der Lloyd-Dampfer „Argo“ ist heute Abend 8 Uhr aus Konstantinopel hier angekommen.

**Newyork, 5. März.** Die von der republikanischen Partei in Indiana zur Konvention nach Chicago abgeordneten Delegirten haben die Anweisung erhalten, sich gegen die Präsidentschaftskandidatur des General Grant auszusprechen.

Verantw. Redakteur J. B. Dr. jur. Paul Hörner in Posen.  
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1880.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
5. Nachm. 2	749,7	W mäßig	trübe	+ 7,2
5. Abnds. 10	753,1	W mäßig	heiter	+ 1,5
6. Morgs. 6	757,2	W schwach	trübe Neif	- 0,1

## Wetterbericht vom 5. März, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a 0 Gr. nachd. Meeresniv. red. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
Aberdeen	754,1	SW leicht	bedeckt	4,4
Kopenhagen	753,0	W mäßig	wolfig	3,1
Stockholm	751,3	W mäßig	bedeckt	- 3,8
Saparanda	754,1	N leicht	wolkenlos	- 21,4
Petersburg	741,2	W leicht	bedeckt	- 1,1
Moskau	743,9	S still	Schnee	0,6
Ort	762,2	W mäßig	bedeckt 1)	10,6
Brest	770,2	W mäßig	bedeckt 2)	9,2
Gelder	758,2	SW still	Nebel	5,6
Sylt	756,6	W schwach	Dunst	3,5
Hamburg	758,3	W mäßig	heiter	4,9
Erwinemünde	756,1	W mäßig	Dunst 3)	4,2
Neufahrwasser	753,9	W schwach	halbbedeckt	3,3
Memel	749,8	W still	Schnee 4)	0,8
Paris	768,4	leicht	bedeckt	12,2
Krefeld	fehlt			
Karlsruhe	765,4	SW mäßig	Regen	10,0
Wiesbaden	764,2	W schwach	bedeckt 5)	9,0
Rassel	761,2	W mäßig	Regen	5,7
München	765,1	W Sturm	Regen	7,0
Leipzig	761,5	SW schwach	bedeckt 6)	5,2
Berlin	758,0	W mäßig	bedeckt 7)	4,8
Wien	762,7	W schwach	bedeckt	5,2
Breslau	759,2	WNW fr.	bedeckt 8)	3,5

1) Seegang mäßig. 2) Seegang leicht. 3) Gestern Regenschauer, Seegang leicht. 4) Seegang leicht. 5) Gestern Südweststurm mit Regen. 6) Gestern Nachmittag Regen. 7) Gestern Nachmittag Regen. 8) Gestern und Nachts Regen.

## Uebersicht der Witterung.

Unter starker Zunahme des Luftdrucks sind über Deutschland bei mildem warmen Wetter die Winde schwächer geworden und treten nur noch am Fuße der Alpen stark bis stürmisch auf. Ueber Westdeutschland herrscht Regenwetter, während an der deutschen Küste weiteres Aufklaren stattgefunden hat. Unter dem Einflusse einer Depression westlich Moskau ist auch in Oesterreich und Westrußland trübes zu Niederschlägen geneigtes Wetter eingetreten. Vom hohen Norden wird wieder strenge Kälte gemeldet, in Saparanda sank die Temperatur 21 Grad unter den Gefrierpunkt. Wizza: Nord, leicht, Dunst, Plus 10 Grad. Deutsche Seewarte.

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 4. März Mittags 3,24 Meter.  
= 5. = 3,02 =

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Course.

**Frankfurt a. M., 5. März.** (Schluß-Course.) Lustlos. Lond. Wechsel 20,487. Pariser do. 81,25. Wiener do. 171,87. R.-M. St.-A. 144. Rheinische do. 157½. Hess. Ludwigsb. 103½. R.-M.-Pr.-Anth. 133½. Reichsanl. 99½. Reichsbank 153½. Darmstb. 146½. Meininger B. 99½. Ost.-ung. W. 719,50. Kreditaktien\*) 261½. Silberrente 61½. Papierrrente 60½. Goldrente 73½. Ung. Goldrente 86½. 1860er Loose 123½. 1864er Loose 307,50. Ung. Staatsl. 209,00. Do. Ostb.-Obl. II. 78½. Böhm. Westbahn 189½. Elisabethb. 158½. Nordwestb. 141½. Galizier 220½. Franzosen\*) 233½. Lombarden\*) 74½. Italiener — 1877er Russen 87½. II. Orientanl. 59½. Zentr.-Pacifc 111. Disconto-Kommandit —. Elbthalbahn —. Nach Schluß der Börse Kreditaktien 2593, Franzosen 232½, Galizier —, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe —, 1860er Loose —, III. Orientanleihe —, Lombarden —, Schweizer. Zentralbahn —.

\*) per medio resp. per ultimo.  
**Frankfurt a. M., 5. März.** Effekten-Sozietät. Kreditaktien 157½. Franzosen 231½. Lombarden —, 1860er Loose 121½, Galizier 219½, österr. Silberrente 61, ungarische Goldrente 86½, II. Orientanleihe 59, österr. Goldrente —, III. Orientanleihe —, Papierrrente —, 1877er Russen 87. Meininger Bank —. Matt.

**Wien, 5. März.** (Schluß-Course.) Umfassende Abgaben übten einen erheblichen Druck aus, Banken und Montanwerthe matt, Bahnen und Renten relativ ruhiger, Schluß besser. Papierrrente 70,47½. Silberrente 71,60. Oesterr. Goldrente 85,70. Ungarische Goldrente 100,80. 1854er Loose 122,50. 1860er Loose 128,25. 1864er Loose 172,90. Kreditloose 179,00. Ungar. Prämienl. 112,50. Kreditaktien 296,10. Franzosen 271,75. Lombarden 86,20. Galizier 259,50. Kasch.-Oberb. 122,00. Pardubitzer 128,00. Nordwestb. 166,70. Elisabethbahn 186,00. Nordbahn 235,00. Oesterreich-ungar. Bank 834,00. Türk. Loose 17,40. Unionbank 114,60. Anglo-Austr. 151,20. Wiener Bankverein 145,60. Ungar. Kredit 280,00. Deutsche Plätze 57,60. Londoner Wechsel 118,25. Pariser do. 46,95. Amsterdamer do. 97,90. Napoleons 9,46½. Dufaten 5,58. Silber 100,00. Marknoten 58,20. Russische Banknoten 1,23½. Lemberg-Gernomij 157,00.

**Wien, 5. März.** Abendbörse. Kreditaktien 293,00, Franzosen 271,00, Galizier 257,75, Anglo-Austr. 148,50, Lombarden 85,60, Papierrrente 70,27½, österr. Goldrente 85,50, ungar. Goldrente 101,65, Marknoten 58,22½, Napoleons 9,46, 1864er Loose —, österr.-ungar. Bank —, Nordbahn —, Sehr matt.

**Florenz, 5. März.** 5 pSt. Italienische Rente 90,72, Gold 22,38.  
**Paris, 5. März.** (Schluß-Course.) Fest. 3proz. amortis. Rente 84,50, 3proz. Rente 82,75, Anleihe de 1872 116,30, Ital. 5proz. Rente 81,00, Oesterr. Goldrente 74½, Ung. Goldrente 86½, Russen de 1877 89,00, Franzosen 575,00, Lombardische Eisenbahn-Aktien 192,50, Lombard. Prioritäten 262,00, Türken de 1865 10,85, 5proz. rumänische Anleihe 73,00.

Credit mobilier 743, Spanier ext. 16½, do. inter. 15½, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 551, Societe general\* 557, Credit foncier 1085, Egypter 285, Banque de Paris 947, Banque d'escompte 785, Banque hypothecaire 646, III. Orientanleihe 60, Türkenloose 38,00, Londoner Wechsel 25,26½.

**Paris, 4. März.** Boulevard-Verkehr. 3proz. Rente —, Anleihe von 1872 —, Italiener —, österr. Goldrente —, ungar. Goldrente 86½, Türken —, Spanier ext. 16½, Egypter —, Banque otomane —, 1877er Russen 89½, Lombarden —, Türkenloose —, III. Orientanleihe —. Geschäftslos.

**Petersburg, 5. März.** Wechsel auf London 25½, II. Orientanleihe 90, III. Orientanleihe 90½.

**London, 5. März.** Consols 98, Italien. 5proz. Rente 80½, Lombarden 7½, 3proz. Lombarden alte 10½, 3proz. do. neue 10½, 5proz. Russen de 1871 83½, 5proz. Russen de 1872 85½, 5proz. Russen de 1873 84½, 5proz. Türken de 1865 10½, 5proz. fundirte Amerikaner 105½, Oesterr. Silberrente —, do. Papierrrente —, Ungar. Goldrente 85½, Oesterr. Goldrente 73½, Spanier 16½, Egypter 56½, Preuß. 4proz. Consols 97½.

Platzdiskont 2½ pSt.  
Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,64, Wien 12,05, Paris 25,45, Petersburg 24½.

**Newyork, 4. März.** (Schluß-Course.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 84 C. Wechsel auf Paris 5,19½. 5pSt. fundirte Anleihe 103½, 4pSt. fundirte Anleihe von 1877 106½, Erie-Bahn 46½, Central-Pacific 112, Newyork. Centralbahn 131½.

### Produkten-Course.

**Köln, 5. März.** (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 24,00, fremder loco 24,50, pr. März 24,20, pr. Mai 24,15, pr. Juli 23,75, Roggen loco 19,00, pr. März 18,30, pr. Mai 18,75, pr. Juli 18,80, Hafer loco 14,50, Rüböl loco 29,70, pr. Mai 28,80, pr. Oktober 29,90.

**Bremen, 5. März.** Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 7,30 bez., per April 7,45 Br., pr. Mai 7,55 Br., per August-Dezember 8,25 Br.

**Hamburg, 5. März.** (Getreidemarkt.) Weizen loco unverändert, auf Termine ruh. Roggen loco unverändert, auf Termine ruh. Weizen April-Mai 229½ Br., 228½ Gd., per Mai-Juni 231 Br., 230 Gd. Roggen per April-Mai 168 Br., 167 Gd., per Mai-Juni 168 Br., 167 Gd. Hafer u. Gerste unveränd., Rüböl matt, loco 56½, pr. Mai 56½, Spiritus ruhig, per März 50½ Br., per April-Mai 50½ Br., per Mai-Juni 50½ Br., per Juni-Juli 50½ Br. Raffee ruhig, Umsatz 2000 Sack. Petroleum beh., Standard white loco 7,30 Br., 7,20 Gd., per März 7,15 Gd., per August-Dezember 8,30 Gd. — Wetter: Bedeckt.

**Pest, 5. März.** (Produktenmarkt.) Weizen loco wen. offerirt Termine lustlos, per Frühjahr 14,32 Gd., 14,37 Br. Hafer per Frühjahr 7,70 Gd., 7,75 Br. Mais per Mai-Juni 9,00 Gd., 9,05 Br. Rohraps per August-September 13½. — Wetter: Trübe. Das Wasser hat um 74 Centimeter zugenommen.

**Amsterdam, 5. März.** Bancazinn 53½.

**Amsterdam, 5. März.** Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen auf Termine niedriger, pr. März —, per November 303, Roggen loco flau, auf Termine unverändert, pr. März 206, per Mai 207. N a s pr. Frühjahr 235 fl. R ü b ö l loco 33½, pr. Mai 33½, pr. Herbst 34½.

**Antwerpen, 5. März.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, Roggen behauptet, Hafer still, Gerste behauptet.

**Antwerpen, 5. März.** Petroleummarkt (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 18½ bez. u. Br., per April 19 Br., per September 20 Br. per September-Dezember 20½ bez. u. Br. Ruhig.

### Marktpreise in Breslau am 5. März 1880.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.	gute		mittlere		geringe Waare	
	Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.	Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.	Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer	22 10	21 70	21 —	20 40	20 —	19 30
Weizen, gelber	21 50	21 30	20 80	20 40	20 —	19 20
Roggen, pro	17 50	17 30	17 10	16 90	16 70	16 50
Gerste, 100	17 20	16 60	15 90	15 30	14 90	14 40
Hafer, 100	15 20	15 —	14 80	14 60	14 40	14 20
Erbsen, Kilogr.	19 50	18 80	17 70	17 30	16 50	15 70

Pro 100 Kilogramm	fein		mittel		ordinäre	
	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
Raps	22	75	21	25	19	25
Rüben, Winterfrucht	21	50	20	25	18	25
Rüben, Sommerfrucht	21	25	19	25	16	25
Dotter	21	50	19	—	16	—
Schlagleinsaat	25	50	23	50	20	—
Hanffaat	16	50	15	50	14	50

Kleefamen, schwacher Umsatz rother ruhig, per 50 Kilogr. 35—39—46—50 M., weißer, unverändert per 50 Kilogr. 44—53—62 — 74 M. hochfeiner über Notiz bez.  
Rapskuchen, unverändert, per 50 Kilogr. 6,50—6,70 M. fremde 6,10—6,30 M.

Leinfuchen, in ruhiger Stimmung, per 50 Kilo 9,50—9,70 M.  
Lupinen, feine Qualität, höher gehalten, per 100 Kilogr. gelbe 7,20 bis 8,00—8,40 M. blaue 7,10—8,00—8,30 M.  
Thymothee, unverändert, per 50 Kilogr. 18—22—25 Mrt.  
Bohnen, ohne Angebot, per 100 Kilogr. 20,50—22,50—23,00 Mrt.  
Mais, ohne Venderung per 100 Kilogr. 14,60—15,00—15,60 M.  
Weizen, unverändert, per 100 Kilogr. 13,00—13,50—14,20 M.  
Kartoffeln: per Sack (2 Neuschefel a 75 Kilogr. Brutto = 150 Pfd.) beste 3,00—3,50—4,50 M. geringere 2,50—3,00 M., per Neuschefel (75 Pfd. Brutto) beste 1,50—1,75—2,25 M. geringere 1,25 bis 1,50 M. per 2 Str. 0,10—0,15 Mrt.  
Ger: per 50 Kilogr. 2,50 bis 2,80 M.  
Stroh: per Schock 600 Kilogramm 19,00—22,00 M.  
Mehl: ohne Venderung per 100 Kilogr. Weizen fein 30,50 — 31,50 M. — Roggen fein 26,50 bis 27,50 M. Hausbuden 25,50 bis 26,50 M., Roggen-Futtermehl 10,90—11,80 M., Weizenmehl 10,20 bis 10,70 Mrt.

**Breslau, 5. März.** (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Kleesaat, rothe, ruhig, ordinär 24—30, mittel 32—36, fein 40—44, hochfein 46—50.  
Kleesaat, weiße matt, ordinär 35—45, mittel 48—52, fein 55—65, hochfein 70—75.  
Roggen: (per 2000 Pfd) fest, Gefündigt —, Zentner, Abgelauene Kündigungsscheine —, per März und per März-April 175 — Br. per April-Mai 176 bz. u. Gd. per Mai-Juni 177,50 Br. per Juni-Juli 178,50 Br. per Juli-August 174 Br. u. Gd. Weizen: per März 218 Br. per April-Mai 223 Br. per Mai-Juni 227 Br.  
Hafer: Gef. — Str. per März 148 Gd. per April-Mai 150 — Gd. per Mai-Juni 153 — Br.  
Raps: per März 235 Br. 232 Gd. per April-Mai 250 Br.  
Rüböl: matter, Gefündigt —, Zentner, loco 54,50 Br. per März 53 Br. per März-April 52,50 Br. per April-Mai 52,75 Br. per Mai-Juni 52,75 Br. per Juni-Juli 53,50 Br. per September-Oktober 56 — bez. per Oktober-November 56,50 Br. per November-Dezember 57 — Br.  
Petroleum: per 100 Kilogr. loco u. per März 29,50 Br.  
Spiritus: fest, Gefd. —, Liter loco —, per März und per März-April 59,70 bez. schließt 59,90 Gd. per April-Mai 60,20 bez. schließt 60,40 Br. u. Gd. per Mai-Juni 61 — Gd. per Juni-Juli 61,80 Gd. per Juli-August 62,50 bez. per August-September 62,50 Gd.

Zink: ohne Umsatz.  
Die Börsekommission.

